

RATS-INFO

Ausgabe Mai 2008



Liebe Leserin,
lieber Leser,

mit diesem neuen Rats-Info erhalten Sie wieder aktuelle Informationen über die Politik der Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover. Viel Spaß beim Lesen!

Ihr Michael Höntsch
Fraktionsvorsitzender

Keine Sozialtarife bei Energiekosten für Arbeitslose

Ein Antrag der LINKEN auf die Einführung von Sozialtarifen für den Bezug von Gas und Strom bei den Stadtwerken ist in den Ausschüssen des Rates leider abgelehnt worden. Hintergrund der Forderung, die auch für Geringverdiener gelten sollte, sind die in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Energiepreise. Mit der Einführung von Hartz IV wurde der Regelsatz für den Strombezug dagegen sogar von 26,31 Euro im Monat bei der alten Sozialhilfe auf jetzt nur noch 21,75 Euro beim Arbeitslosengeld (ALG) II abgesenkt. Die Stadt Hannover als Haupteigentümerin der Stadtwerke sollte ihrer Verantwortung gerecht werden und die erwirtschafteten Überschüsse sozial gerecht einsetzen,

fordert DIE LINKE. Die rot-grüne Ratsmehrheit sieht das ganz anders und hat am 15. Mai stattdessen ein Energieberatungskonzept für Bedürftige in den Rat eingebracht, das auch die „Förderung von Investitionsanreizen für den Kauf von energiesparenden Geräten“ beinhalten soll. Der linke Ratsherr Jeremy Krstic kommentiert: „Der Regelsatz beim ALG II sieht für ‚Investitionen‘ in Haushaltsgeräte nur 3,68 Euro monatlich vor. Anscheinend haben SPD und Grüne nicht nur den Bezug zum Menschen, sondern auch zur Realität verloren.“ DIE LINKE hat jetzt einen Antrag eingebracht, wonach Stromabschaltungen durch die Stadtwerke zukünftig verboten werden.

DIE LINKE lehnt Tierversuchsanlage in Kirchrode ab

Als einzige Fraktion wird DIE LINKE in der Ratsversammlung gegen die geplante Tierversuchsanlage in Kirchrode stimmen. Dort will der Pharma-Konzern Boehringer-Ingelheim eine Anlage zur Erprobung von Medikamenten für 1.000 Schweine betreiben. Trotz massiver Proteste aus der Bevölkerung unterstützen sowohl die rot-grüne Koalition im Rathaus wie auch die schwarz-gelbe Opposition das Projekt. Dagegen spricht sich DIE LINKE programmatisch gegen Massentierhaltung aus und will eventuelle Gefährdungen der Bevölkerung ausschließen. Der linke Ratsherr

Jeremy Krstic betont: „Die Lieferungen von Agent Orange für den Vietnamkrieg durch Boehringer-Ingelheim und der Dioxin-Skandal des Unternehmens in Hamburg haben gezeigt, dass Boehringer es mit der Gesundheit der Menschen und dem Erhalt der Natur nicht so genau nimmt. Deshalb müsste die Stadt die Ansiedlung einer Versuchsanlage dieses Konzerns verhindern.“ Unterstützt wird die Linksfraktion vom Kreisverband der LINKEN: Der Kreisausschuss der Partei votierte bei nur einer Enthaltung fast einstimmig gegen die Tierversuchsanlage.

Kein freier Eintritt in Museen für Kinder und Arbeitslosen

Mit den Stimmen der etablierten Parteien hat die Ratsversammlung am 15. Mai einen Antrag der LINKEN auf freien Eintritt in die städtischen Museen für Kinder, Jugendliche und Arbeitslose abgelehnt. „Gerade für Kinder und Jugendliche aus so genannten bildungsfernen Schichten stellen die Eintrittspreise an den Museen eine Hürde dar. Diese Hürde muss fallen,“ begründete der linke Ratsherr Jeremy Krstic den Antrag. Kulturdezernentin Marlis Drevermann (SPD) begründete die Ablehnung mit der bereits bestehenden Regelung des freien Eintritts an Freitagen beim

Kestner-Museum und beim Historischen Museum. Ratsherr Krstic entgegnete, der freie Eintritt am Freitag sei wohl bekannt, aber nicht ausreichend und würde im Sprengel-Museum auch nicht gelten. „DIE LINKE möchte Menschen, die sich Kultur nicht mehr leisten können, ermöglichen, an jedem Öffnungstag die hannoverschen Museen zu besuchen“, so Krstic. Der ermäßigte Eintrittspreis im Sprengelmuseum beträgt vier Euro. Einem ALG II-Empfänger stehen jedoch nur 2,26 Euro für Kultur zur Verfügung. Damit müssten Arbeitslose also zwei Monate für einen Museumsbesuch sparen.

Stadtteilzentrum Südstadt: LINKE beantragt Akteneinsicht

Der „Runde Tisch“ zur Einrichtung eines Stadtteil- und Kulturzentrums in der Südstadt fühlt sich von SPD und Grünen im Bezirksrat über den Tisch gezogen. Eine Initiative aus dem Stadtteil favorisiert die ehemalige Sehbehindertenschule in der Krausenstraße als Standort für das zukünftige Kulturzentrum, die Verwaltung dagegen besteht auf dem Verkauf des im Besitz der Stadt befindlichen Gebäudes. Als alternativen Standort für das Zentrum hat der Bezirksbürgermeister im Stadtbezirk Südstadt-Bult, Lothar Pollähne (SPD), ohne Rücksprache mit der Initiative Räume in der Athanasius-Kirchengemeinde vor-

geschlagen. Diese entsprechen jedoch nicht den räumlichen Anforderungen, moniert die Initiative. Das Angebot eines möglichen Käufers, das Gebäude der ehemaligen Sehbehindertenschule an die Träger eines Stadtteilzentrums zu vermieten, wurde von der Politik ausgeschlagen. Stattdessen soll der Zuschlag zum Kauf laut Bezirksratsbeschluss an die Montessori-Privatschule gehen. Die Montessorischule steht jedoch in der Kritik, weil sie in Langenhagen Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe ohne Genehmigung unterrichtet. DIE LINKE im Rat hat deshalb Akteneinsicht in die Unterlagen zum Verkauf der Sehbehindertenschule beantragt.

Taxi fahren wird teurer

Mit großer Mehrheit hat die Ratsversammlung eine mäßige Erhöhung der Preise für Taxifahrten beschlossen. Auch die Linksfraktion hat dem zugestimmt. „DIE LINKE steht geschlossen für die Einführung eines Mindestlohns, deshalb können wir uns auch einer damit verbundenen Lohnerhöhung für die nicht gerade gut verdienenden Ta-

xifahrer nicht verschließen“, begründet der Fraktionsvorsitzende Michael Höntsch die Zustimmung. Außerdem steigen die Kosten für Fahrzeugbeschaffung, Treibstoff und Reparaturen. Der Tarif für eine Fahrt von fünf Kilometern erhöht sich beispielsweise von 9,80 auf 10,50 Euro, das entspricht einer Steigerung von etwa sieben Prozent.